

Wichtige in Kürze

Die Wichtige in Kürze sind:

Giftiger Schlagabtausch unter Syern in Genf

Assad-Gegner: Null Vertrauen in Regime-Delegation

BEIRUT, 20. März. Er will sich nicht entschuldigen. „Wie kann ich mich für eines meiner Ziele entschuldigen?“, fragt Muhammad Alloush, der Chefunterhändler der syrischen Opposition in Genf. Alloush stammt aus den Reihen der kampfstarken, von Saudi-Arabien unterstützten salafistischen Rebellen­gruppe Dschaisch al Islam („Armee des Islams“), die mehrere Vorstädte von Damaskus kontrolliert. Sein Vetter, Zahran Alloush, der im Dezember bei einem Luftangriff getötet wurde, war einer der mächtigsten Kriegsfürsten in Syrien.

Muhammad Alloush hatte Baschar al Assad den Tod gewünscht: Der Gewalt­herrscher solle vor ein Gericht gestellt und exekutiert werden. „Das war eine Forderung des Volkes“, sagt er im Gespräch mit dieser Zeitung sowie den Zeitungen „Le Monde“ und „Guardian“. Der Unterhändler des Assad-Regimes, der syrische UN-Botschafter Baschar al Dschaafari, hatte Alloush nach dessen Äußerung als „Terroristen“ bezeichnet und direkte Gespräche ausgeschlossen. Alloush müsse sich erst entschuldigen und „seinen Bart abrasieren“, sagte Dschaafari verächtlich.

Der giftige Schlagabtausch ist ein Zeichen für das tiefe Misstrauen zwischen den syrischen Konfliktparteien. Entsprechend mühsam ist es für die internationalen Vermittler in Genf, substantielle Fortschritte bei den Gesprächen zu erreichen. So sollen die Feuerpause verstetigt und ein institutioneller Rahmen für ihre Durchsetzung und Überwachung geschaffen werden. Und eigentlich hatte der UN-Sondergesandte Staffan de Mistura auch Gespräche über einen politischen Übergang angestrebt. Doch das Assad-Regime scheint nicht willens zu sein, darüber zu handeln.

Nicht nur die Vertreter der Opposition werfen der Delegation aus Damaskus vor, die Gespräche zu blockieren. Auch westliche Diplomaten kritisieren, Assads Leute spielten auf Zeit. Die jüngste russische Ankündigung, einen Teil der Russen aus Syrien abzuziehen, wird gemeinhin als Zeichen russischen Unmuts über die Weigerung des Regimes verstanden, sich ernsthaft an den Gesprächen zu beteiligen. Damaskus, so heißt es von verschiedenen Seiten in der syrischen Hauptstadt, sei von diesem Schritt überrascht worden. Der russische Präsident, so heißt es weiter, habe einige zuvor sehr selbstbewusste Funktionen sehr nervös gemacht.

So wohnt sich die Opposition, die sich während der vergangenen Genfer Gespräche bedrängt und im Stich gelassen

Ermittlungen gegen Militärkritiker

„Breaking the Silence“ weist Vorwürfe zurück

her. JERUSALEM, 20. März. Das israelische Verteidigungsministerium hat Ermittlungen gegen die Organisation „Breaking the Silence“ aufgenommen. Der regierungskritischen Gruppe israelischer Veteranen, die nicht über die schwierigen Erfahrungen schweigen wollen, die sie und andere Israelis während ihres Militärdienstes in den Palästinaergebieten gemacht haben, wird vorgeworfen, ehemalige Soldaten nach geheimen militärischen Informationen gefragt zu haben. Diesen Eindruck legte ein Fernsehbericht der vergangenen Woche nahe, der Mitschnitte von Gesprächen enthielt, die mit versteckter Kamera gefilmt worden waren.

Die rechte, den Siedlern nahestehende Gruppe Ad Kan hatte mehrere Mitglieder bei „Breaking the Silence“ eingeschleust, die das Filmmaterial dem israelischen Sender Channel 2 zur Verfügung stellten. Darauf ist zu sehen und zu hören, wie ehemalige Soldaten nach Armeeeinsätzen gegen die Tunnel gefragt werden, die von der Hamas von Gaza nach Israel graben wurden, oder wo bestimmte Militäreinheiten stationiert sind. In einem Filmausschnitt wird zudem eine Frau aufgefordert, sich bei der Militärverwaltung um eine Verwendung für die Palästinaergebiete zu bewerben, um nach ihrem Dienst „Breaking the Silence“ darüber zu berichten.

Ministerpräsident Benjamin Netanjahu warf der Gruppe vor, sie habe „eine rote Linie überschritten“. Einwanderungsminister Zeev Elkin äußerte die Befürchtung, dass die vorwiegend mit ausländischer Unterstützung finanzierte Organisation für Spionage ausgenutzt

Wahlen in sechs afrikanischen Ländern

FRANKFURT, 20. März (epd). In sechs afrikanischen Ländern waren am Sonntag mehrere Millionen Menschen zu Wahlen aufgerufen. In Kongo-Brazzaville, Niger, Benin, auf den Kapverden und auf Sansibar wurden neue Präsidenten und Regierungen gewählt. In Senegal fand ein Referendum über eine neue Verfassung statt, die unter anderem die Amtszeit des Präsidenten von sieben auf

fünfhte, dieses Mal in einer besseren Position. Alloush bekundet den eigenen guten Willen und zeigt mit dem Finger auf die Vertreter des syrischen Machthabers. Das Regime fliege weiter Luftangriffe und belagere von der Opposition gehaltene Regionen. Russland, kritisiert er, biete der Bevölkerung in solchen Regionen Nahrungsmittellieferungen im Gegenzug zu Feuerpausen an, was gegen internationales Recht verstoße. Der islamistische Chefunterhändler spielt auf die sogenannten Versöhnungskomitees an, die örtliche Waffenstillstände aushandeln und dabei oft die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung nutzen.

Das syrische Hohe Verhandlungskomitee, in dessen Namen Alloush spricht, hat nach seinen Worten dem UN-Sondergesandten ein Konzept für eine Übergangsregierung unterbreitet. Demnach will die Opposition eine Übergangsregierung mit allen Vollmachten – aber ohne Assad. Neben den Regierungsorganen wolle man zudem Räte wie einen Militärarrat, einen Sicherheitsrat und einen Justizrat schaffen, mit deren Hilfe die Übergangsperiode bewältigt werden solle. Ferner solle eine verfassungsgebende Versammlung gewählt werden.

Das Regime hingegen, sagt Alloush, habe acht Punkte vorgelegt, die der Opposition übergeben worden seien und auf welche die Assad-Gegner de Mistura an diesem Montag Antworten geben müssten. „Aber diese acht Punkte sind sehr vage und weichen dem Thema politischer Übergang aus“, sagt Alloush. Sie hätten keinen Bezug zur Verwirklichung der UN-Resolution 2254 über einen politischen Prozess. „Es ist jetzt nicht an der Zeit, über die Befreiung der Golanhöhen zu sprechen.“ Zudem habe das Regime nur einen Teil der humanitären Forderungen der Opposition erfüllt, zu denen Alloush neben Hilfslieferungen auch die Freilassung Gefangener zählt.

„Das Vertrauen ist gleich null“, heißt es aus der Delegation der Assad-Gegner in Genf. Daran haken demnach auch die Verhandlungen über die Freilassung von Gefangenen. Die Opposition fürchte, dass die genannten Gefangenen umgebracht würden, sobald dem Regime eine Liste übergeben werde. Sie verlange daher Garantien der Amerikaner, über die während dieser Genfer Gesprächsrunde weniger Kritik geäußert wird als bei den vergangenen Verhandlungen. Es gebe größeren amerikanischen Druck auf den Gegner, sagt Alloush, der aber verlangt, dass Washington den Druck weiter erhöht, auf dass „alle humanitären Forderungen“ erfüllt würden. Zuletzt gab es indes auch Berichte, nach denen seine Rebellen­gruppe Dschaisch al Islam Hilfslieferungen zunächst aufgehalten oder zur Demonstration eigener militärischer Stärke genutzt habe. (cheh.)

Wahl in Algerien

worden sein könnte. Der ehemalige Finanzminister Jair Lapid hielt der Gruppe vor, sie schade Israel, das sich gegen Terroristen zur Wehr setzen müsse. „Breaking the Silence“ wies die Anschuldigungen als unbegründet zurück. „Siedlergruppen und ihre Freunde in der Regierung werden alles tun, was in ihrer Macht steht, um diejenigen zum Schweigen zu bringen, die sich gegen die Besetzung (der Palästinaergebiete) aussprechen“, heißt es in einer Erklärung. Vom Verrat militärischer Geheimnisse könne keine Rede sein: Sämtliche Augenzeugenberichte früherer Soldaten würden von der Gruppe genau überprüft und vor der Veröffentlichung dem Militärzensor vorgelegt.

„Breaking the Silence“ und andere linke Menschenrechtsgruppen klagen seit Monaten über eine gegen sie gerichtete Kampagne. Rechte Organisationen und mehrere Minister hielten „Breaking the Silence“ vor, gegen Israel zu „hetzen“ und Lügen über das Land zu verbreiten. Die Regierung verbot Mitgliedern der Organisation, an Veranstaltungen der Armee teilzunehmen und vor Schülern zu sprechen. Nach Angaben von „Breaking the Silence“ hatten Mitglieder von Ad Kan zuvor mehrfach vergeblich versucht, die Gruppe mit falschen Zeugnisaussagen zu diskreditieren. Gegen Ad Kan lässt das israelische Justizministerium laut Presseberichten wegen des Verdachts ermitteln, die Gruppe erhalte einen Teil ihrer Mittel vom „Regionalrat von Samaritan“, der für die Siedlungen im nördlichen Westjordanland zuständig ist und von der israelischen Regierung finanziert wird.

fünf Jahre verkürzen und maximal zwei Amtsperioden erlauben würde.

Die Abstimmungen verliefen weitgehend friedlich. In Kongo-Brazzaville kam es jedoch zu Spannungen zwischen Oppositionellen und der Regierung. Die Regierung in Brazzaville hatte Mobilfunkverbindungen abschalten lassen. Dort trat der seit 31 Jahren regierende Denis Sassou Nguesso für eine weitere Amtszeit an. In Niger wurde in einer Stichwahl ebenfalls ein neuer Präsident gewählt, obwohl der Kandidat der Opposition im Gefängnis sitzt.

Politik

Die Politik sind:

Wichtige in Kürze

Die Wichtige in Kürze sind:

Die Wichtige in Kürze sind:

Wichtige in Kürze

Die Wichtige in Kürze sind:

Im Krieg der Erinnerungen

Frankreich gedenkt erstmals des Endes des Algerien-Krieges im Jahr 1962.

Dabei zeigt sich, wie sehr das Ereignis das Land bis heute aufwühlt.

Von *Michaela Wiegel*

Die Wichtige in Kürze sind:

PARIS, 20. März Am 18. März 1962 vereinbarten Franzosen und Algerier im Hotel du Parc in Evian nach acht Jahren Krieg einen Waffenstillstand. Die Waffenruhe trat am 19. März in Kraft, aber Frankreich streitet bis heute, ob es sich dieses Datums erinnern soll. Als erster Präsident hat nun François Hollande am Samstag in Paris des 19. März 1962 gedacht und zu einem „Frieden der Erinnerung“ aufgerufen.

Das war ein vergeblicher Appell, denn allein die Tatsache, dass ein Staatspräsident den 19. März zum „Anfang vom Ende“ des Algerien-Konflikts erhob, führte zu empörten Reaktionen. Der frühere Präsident Nicolas Sarkozy hielt seinem Nachfolger vor, „einen Krieg der Erinnerung“ heraufzubeschwören. „Wer den 19. März wählt…, der glaubt, dass es eine gute und eine schlechte Seite der Geschichte gibt und dass Frankreich auf der schlechten Seite stand“, kritisierte Sarkozy. Er spielte damit auf jene Franzosen an, für die der 19. März weiterhin den „Verrat“ Präsident Charles de Gaulles an den Siedlern und an der Armee markiert. Vier Jahre vor dem Waffenstillstand in Evian war de Gaulle in Algier vor die Menge getreten, die den Fortbestand des

Sehnsucht nach Griechenland

Die Wichtige in Kürze sind:

Die Wichtige in Kürze sind:

LISSABON, 20. März. Wenn ein europäischer Politiker, der in seinem Land um jeden Preis an die Macht will, dazu die Hilfe von Alexis Tsipras erbittet, muss er sie dringend nötig haben. So geschah es in der vergangenen Woche in Brüssel, als der spanische Sozialistenführer Pedro Sánchez dem griechischen Ministerpräsidenten nicht nur seine private Handynummer aufdrängte, sondern ihm vor laufender Kamera auch anvertraute: „Er blockiert.“ Gemeint war damit Podemos-Chef Pablo Iglesias. Aus der Sicht des schon zweimal im Parlament gescheiterten Kandidaten Sánchez verhindert Iglesias, dass es in Madrid zu einem Linkspakt und einer „Regierung des Wandels“ unter seiner Führung kommt.

Sánchez hieß auf dem Treffen der europäischen Sozialisten, an dem der Syriza-Vorsitzende Tsipras zum ersten Mal als Beobachter teilnahm, den Griechen nicht nur „in der Familie willkommen“. Er ersuchte ihn auch um aktive Intervention bei der spanischen Syriza-Schwester Podemos, damit die „Austeritätspolitik“ in Spanien endlich abgeschafft werden könne. Doch der Bittsteller hatte nicht viel Erfolg. So ließen „Vertraute“ von Tsipras später wissen, dass dieser „Pablo nicht sagen wird, dass er Dinge tun soll, die er nicht tun will“.

Pablo Iglesias, der sich in einem erbitterten innerparteilichen Machtkampf durchgesetzt hat, hatte zuletzt nur wenig Zeit und Lust für Verhandlungen mit Sánchez über ein „großes Linksbündnis“. Dieses strebt Sánchez nach drei Monaten fruchtloser Bemühungen um eine Regierungsbildung nun nahezu verzweifelt an. Das Bündnis soll Neuwahlen verhindern und Sánchez an die Spitze bringen. Letzteres wollte auch der „Realo“-Flügel von Podemos, vertreten durch Iglesias’ Nummer zwei: Inigo Errejón. Dieser wollte auf die

Die Wichtige in Kürze sind:

Bundespräsident Joachim Gauck ist am Sonntag zu einem fünf Tage dauernden Besuch in China eingetroffen. Auf dem Flughafen in Peking wurden Gauck und seine Lebensgefährtin Daniela Schadt von Kindern mit Blumen begrüßt. An diesem Montag trifft der Bundespräsident mit Staats- und Parteichef Xi Jinping sowie Ministerpräsident Li Keqiang zusammen. Neben Peking gehören Xian sowie die Wirtschaftsmetropole Shanghai zu den Reisezielen Gaucks.

Die Wichtige in Kürze sind:

Wichtiges in Kürze

Die Wichtige in Kürze sind:

Die Wichtige in Kürze sind: